

Wunder, Dieter

## Hat eine bessere Lehrerbildung politische Chancen?

*Die Deutsche Schule 92 (2000) 2, S. 134-138*



Quellenangabe/ Reference:

Wunder, Dieter: Hat eine bessere Lehrerbildung politische Chancen? - In: Die Deutsche Schule 92 (2000) 2, S. 134-138 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-276016 - DOI: 10.25656/01:27601

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-276016>

<https://doi.org/10.25656/01:27601>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

---

# Offensive Pädagogik

---

Dieter Wunder

## Hat eine bessere Lehrerbildung politische Chancen?

Lehrerbildung ist derzeit ein politisches Thema: Die *KMK* hat durch eine Kommission im Herbst 1999 Vorschläge zu „Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland (Abschlussbericht der von der Kultuministerkonferenz eingesetzten Kommission)“ erarbeiten lassen. Die *SPD* proklamiert in einem Manifest „Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Für eine neue Bildungsinitiative“ vom 17.1.2000: „Die Lehrerbildung ist ein Schlüssel zur Bildungsreform.“

Die *CDU* geht in ihrem ausführlichen Antrag an den Essener Parteitag „Aufbruch in die lernende Gesellschaft. Bildungspolitische Leitsätze“ (Beschluss des Parteivorstandes 24. 1. 2000) mehrfach auf eine Reform der Lehrerbildung ein: „Die Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erzieherische Kraft der Schule. Ein ethisch-philosophisches Grundlagenstudium soll Teil jeder Lehrerausbildung sein. Der pädagogische „Ernstfall“ muss im Mittelpunkt der Lehrerbildung stehen. Lehrerinnen und Lehrer müssen in Aus- und Fortbildung über das fachliche und fachdidaktische Studium hinaus zur Erziehung in der Schule befähigt werden.“ (Punkt 24) „Eine gute Lehrerbildung ist die wichtigste Voraussetzung für Schulqualität. Sie muss den ihr gebührenden Stellenwert an den Hochschulen bekommen. Frühe umfassende Praxiserfahrungen in der Lehrerbildung sollen dazu beitragen, dass diejenigen den Lehrberuf anstreben, die ihm in der Praxis gewachsen sind und die erforderlichen Talente im Umgang mit Kindern und Jugendlichen mitbringen. Fachdidaktik und praktische Pädagogik müssen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärker gewichtet werden.“ (Punkt 31) „Wir brauchen mehr eigenständige Lehrerbildung an den Hochschulen. Die Hauptschulpädagogik im Rahmen der Lehrerbildung soll aufgewertet werden. Der Praxisanteil in der Lehrerbildung muss stärker gewichtet werden und früher einsetzen. Zusatzqualifikationen, die z.B. in Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, im musischen Bereich erworben worden sind, müssen bei der Entscheidung über die Einstellung in den Schuldienst stärkere Berücksichtigung finden.“ (Punkt 34)

Offensichtlich gibt es also einen politischen „Bedarf“, der durch die bisherige Lehrerbildung nicht befriedigt wird. Mit ihr herrscht weithin Unzufriedenheit. Der Kommissionsbericht belegt dies, die Forderungen der *CDU* ebenso wie die vagen der *SPD*. Viele Themen der Diskussion sind altbekannt, seit 30 Jahren:

- Wie kann eine akademische, eine wissenschaftliche Ausbildung für die Praxis des Berufes erfolgen?
- Wie können erste und zweite Phase so verbunden werden, dass sie eine Einheit bilden?
- Wie kann der Fachdidaktik endlich die ihr zustehende Rolle zukommen?
- Wie kommen wir zu einem klaren, auf die heutige, vor allem aber zukünftige Tätigkeit des Lehrers bezogenen beruflichen Selbstverständnis?

Im Zuge der deutschen Einheit zeigte sich bei der Evaluation der ostdeutschen Hochschulen, wie eine bessere Lehrerausbildung aussehen könnte – so urteilte jedenfalls der Wissenschaftsrat über die einphasige DDR-Ausbildung. Aber von Kommunisten zu lernen – darüber wurde nicht nachgedacht.

Erschwerend für eine klärende Debatte kommt hinzu, dass die Aufgaben der Schule *weniger denn früher eindeutig* sind. Welche Folgen aus dem gesellschaftlichen Wandel zu ziehen sind, ist umstritten. Soll die Schule im Prinzip sich auf Vermittlung von kognitiven Kompetenzen beschränken oder soll die Schule auch einen – weit definierten – Erziehungsauftrag übernehmen?

Noch grundlegender ist die in Fachkreisen relativ selten gestellte Frage, ob die mit der bisherigen Ausbildung verbundene *Rekrutierung des Berufes* weiterhin akzeptabel ist. In der sog. Rau-Denkschrift („Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ 1995, S. 312f.) wird vorgeschlagen, die 1. Phase als universitäre strikter als bisher von der 2. zu trennen (Universitätsabschluss), zu dieser zudem auch Nicht-Lehramtsstudenten zuzulassen. In diesem Sinne weitergedacht, wäre zu fragen, ob nicht überhaupt ein wesentlicher Teil des Nachwuchses anders als bisher gewonnen werden sollte.

Die letzten *grundlegenden Reformen* gab es vor etwa 30 Jahren: die „Volksschullehrerausbildung“ wurde an die Hochschulen verlegt, das Referendariat für alle eingeführt, die Fachdidaktik blühte auf (führte aber bald ein Randdasein).

Seither fanden viele kluge Diskussionen statt, wurde im Detail viel verbessert. Aber *vieles blieb auch stecken*. Die schlechten Berufsaussichten für Lehrerinnen und Lehrer taten ein Übriges, um Lehrerbildung in eine Krise zu stürzen: wenn seit Ende der 70er Jahre Arbeitslosigkeit und Abwanderung in andere Berufs- und Arbeitsfelder das Schicksal der Ausbildung wurde, war es dann nicht besser, polyvalent, also für einen Vermittlungsberuf, ob in Touristik, Verwaltung oder Unternehmen, ob für Kinder oder Erwachsene, auszubilden? Die Diskussion wurde nicht zu Ende geführt, heute geht es offensichtlich allein um Lehrerbildung.

*Resümiert man* die gegenwärtige politische Diskussion, so scheint klar zu sein:

- Zum einen gibt es einen großen Reformbedarf. Da viele Lehrerinnen und Lehrer im kommenden Jahrzehnt beruflich aus Altersgründen ausscheiden werden, lohnen sich Anstrengungen.
- Zum andern werden grundlegende Reformen abgelehnt: es soll bei den zwei Phasen bleiben; Verbesserungen sollen in den bisherigen Strukturen erfolgen.

Folge wird mithin sein, dass es trotz aller löblichen Verbesserungen *keine Reform* geben wird, die für die angeführten Mängel eine Lösung darstellt. Erste und zweite Phase werden weiter neben- und gegeneinander laufen. Ein frucht-

bares Theorie-Praxisverhältnis, das Lehrkräfte zur theoretischen Bearbeitung ihres Alltages und zur Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für diesen Alltag befähigt, wird außer in Einzelfällen Wunschbild bleiben; ein wissenschaftliches Selbstverständnis der Lehrkräfte wird sich nicht entwickeln. Eine Ausbildung verbunden mit einem klaren Berufsverständnis wird gefordert, aber nicht praktiziert werden. Zwar könnte es bessere Ausbildungscurricula, mehr Sorgfalt bei den für Ausbildung Verantwortlichen, ein Ernstnehmen von Ausbildungszielen usw. geben – derartige Verbesserungen sind notwendig und möglich, aber sie ändern nichts grundsätzlich. Die Entschuldigung für all dies liegt auf der Hand: der Staat weist zu wenig Mittel zu, insbesondere hat er die lehrerausbildenden Fächer an den Hochschulen ausgetrocknet.

Die Diskussion könnte man nun fachlich vertiefen und zuspitzen. Ich will stattdessen eine *politische* Dimension aufgreifen. Meine *These* lautet: Eine konsequente Reform der Lehrerbildung stößt auf derart *massive Gegeninteressen* in Hochschule und Lehrerschaft, dass jede Hoffnung vergeblich ist. Sie will (fast) niemand, denn sie berührt fest verwurzelte Interessen. Zudem läuft der „Betrieb“, der Nachwuchs hat wieder Chancen – jährlich werden 20000 oder mehr neue Lehrerinnen und Lehrer gebraucht. Die Erwartungen der Politik laufen also ins Leere.

Die *Hochschule* will keine Reform der Lehrerbildung. Denn sie müsste die Ausbildung für den Lehrerberuf zu ihrem Ziel machen, nicht das theoretische Studium von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die mit dem zukünftigen Beruf in einem mehr oder minder lockeren Zusammenhang stehen; vielmehr müsste die Vorbereitung auf den Beruf ins Zentrum der Hochschulausbildung für Lehrkräfte rücken. Dafür aber fehlt es der Hochschule, ihren Professorinnen und Professoren an Verständnis und Bereitschaft: sie beziehen ihre Dignität primär aus der Distanz zur Praxis, aus der freien Reflexion.

Im Übrigen haben die Fachwissenschaften (der Unterrichtsfächer) ihren festen Ort in der Hochschule; sie sind multifunktional und über mehrere Fakultäten verteilt, können daher – anders als z.B. die Rechts- oder Medizinwissenschaften – nicht Teil einer spezifischen beruflichen Ausbildung werden bzw. diese als den Kern ihrer Aufgabe ansehen. Die Erziehungswissenschaften haben kein eigenständiges Konzept der Lehrerausbildung, sind vielmehr aufgrund ihres Aufschwungs und der Ausbreitung pädagogischer Berufe dabei, sich strukturell den anderen Fächern anzugleichen. Die Diskussion über ein Kerncurriculum der Erziehungswissenschaft (vgl. ZfPäd 5/99) zeigt die „Emanzipation“ der Erziehungswissenschaften von der Lehrerbildung. Es wäre mithin derzeit Aufgabe der Studierenden, die auf den Beruf zielende Ausbildung in die eigene Hand zu nehmen – eine Überforderung; auch Studierende anderer akademischer Berufe werden derart nicht in Anspruch genommen.

Die *Folgerung* aus solchem Pessimismus kann in *zwei Richtungen* gehen:

(1.) Entweder gelingt es – unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen der Hochschule -, einen verbindlichen beruflichen Studiengang zu schaffen, dessen Steuerung in der Hand von *Lehrerbildnern* (z.B. eines Lehrerbildungszentrums) läge, also Menschen, die zu diesem Zweck an der Hochschule tätig sind. Sie wären wie ein Fremdkörper in der Universität, denn ihre Auf-

gabe wäre nicht primär eine wissenschaftliche, sondern die *verbindliche* Beratung und Organisation von Lehrerausbildung. Sie müssten den Professoren wie Studierenden feste Rahmenvorgaben machen – nur innerhalb deren Variationen erlaubt wären; sie müssten zudem in einer zu klärenden Form für jede und jeden Studierenden des Lehramtes immer wieder neu die Focussierung des Studiums auf den zukünftigen Beruf durchsetzen können.

Eine derartige Gestaltung des Studiums könnte, zu Ende gedacht, dazu führen, das Referendariat in die Hochschule zu integrieren. Selbst die Entwicklung einer *dualen Ausbildung* – zugleich Betrieb (also Schule) und Universität – wäre konsequent. Diese Veränderung des Lehramtsstudiums würde die beteiligten Wissenschaftler in der Freiheit ihres Lehrangebots stark einschränken und den Studierenden die Offenheit ihrer beruflichen Wege verwehren – Letzterers angesichts des Arbeitsmarktes ein riskantes Unterfangen.

(2.) Oder die Hochschule wird von der Berufsausbildung *entlastet*, könnte sich auf Theorie (einschließlich der der Praxis) konzentrieren, also ganz Wissenschaft werden. Die Ausbildung obläge gänzlich einer zweiten Phase, was deren Aufwertung und Umgestaltung zur Folge hätte. Die erste Phase wäre eine wissenschaftliche Ausbildung in für Schule bedeutsamen Disziplinen, ob Erziehungswissenschaften oder Wissenschaften der Unterrichtsfächer.

Erfolgt die eigentliche berufliche Bildung in der zweiten Phase, könnte die erste Phase ohne Einschränkung polyvalent gestaltet werden, als ein Studium, das Vermittlung, Beratung, Evaluierung, Umgang mit Menschen etc. theoretisch vorbereitet.

Erst die *zweite Phase* wäre die Hinführung zur beruflichen Qualifikation (des Berufsanfängers). Das Referendariat würde nicht mehr – wie heute, zumindest in der Theorie – die Berufsausbildung vollenden, sondern überhaupt erst leisten. Eine solche Konstruktion erlaubte auch neue Formen der Rekrutierung.

Beide „Auswege“ gefährden die Hochschule. Im ersteren Fall unterläge sie einer Fremdbestimmung in ihrer Lehre, in der sie bisher relativ selbständig wissenschaftsbestimmt agieren konnte, im zweiten verlöre sie an Gewicht für die Ausbildung. Beim zweiten Weg wäre eine Neugestaltung des Referendariats unerlässlich, im ersteren Fall würde dieses gegenüber der Hochschule dienend werden. Welcher Politiker kann sich heute auf solche tief greifenden Änderungen einlassen?

Welchen Weg man auch geht, in jedem Fall müsste die *Lehrerschaft* ihr Selbstverständnis, das faktisch stark von dem der Gymnasiallehrer bestimmt wird, ändern. Sie müsste einverstanden sein mit einer beruflichen Bildung für den Lehrerberuf. Das heute fachlich bestimmte Ansehen würde abgelöst durch ein primär pädagogisches. Im zweiten Fall müsste sie gar einer „dualen“ Rekrutierung zustimmen.

Das heutige System wird „geliebt“. Das zeigt der Kommissionsbericht der KMK. Aus seiner scharfen Kritik am heutigen System ergibt sich kein Strukturvorschlag, obwohl genau dies nahe läge. Mit den heutigen Strukturen leben nämlich alle Beteiligten gut. Zwar wird allenthalben Kritik geübt, aber diese hat ihre Funktion, macht sie doch die Überlegenheit der Kritiker gegenüber dem System, dem man unterworfen ist, deutlich, schafft also zusätzlich Selbst-

bewusstsein. Im Übrigen kann jeder die berufliche Sozialisation, die er erfahren hat – als Wissenschaftler oder Lehrer –, bewahren, keine Umstellung wird verlangt. Damit entfällt die Grundlage für den gesellschaftlichen Druck, der vorhanden sein müsste, um die Akteure in der Bildungsverwaltung, den Ausbildungseinrichtungen und der politischen Führung zum Handeln zu bewegen.

Angesichts solcher Konstellationen wiegen gering ...

- die Interessen von Kindern und Jugendlichen, eine bessere Bildung und Ausbildung zu erhalten,
- die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer, die an ihrem Berufsalltag mangels unzureichender Berufskompetenzen leiden,
- die Interessen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich der wissenschaftlichen Lehrerbildung widmen wollen.

Vor allem ist eines nicht zu vergessen: das heutige System leistet durchaus einiges, zwar mehr schlecht als recht, aber der „Betrieb läuft“. Wo also soll die Kraft zu wirklichen Reformen herkommen? Über die Besoldung als Antriebskraft ist – anders als in den 60er Jahren – nichts zu erreichen. Die Notwendigkeit, das System am Leben zu erhalten, ist groß.

Gibt es einen Ausweg? Würde man *beide von mir skizzierten Wege* gehen, entfielen die gegenseitige Blockade der unterschiedlichen Reformparteien der Lehrerbildung. An der einen Hochschule würde eine berufliche Ausbildung praktiziert, an der anderen die rein wissenschaftliche Ausbildung ohne Berufsvorbereitung. Wenn die Länder die Einstellung beider Lehrerkategorien in einem festen Verhältnis zusichern würden, etwa 50 zu 50, zudem beide gleich bezahlen würden, dann dürfte es keine Probleme geben, an die Stelle der einen Ausbildungsform zwei zu setzen, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Was spricht eigentlich *gegen* eine solche Abkehr von deutschen Traditionen?

*Dieter Wunder*, geb. 1936, Dr. phil., 1972 bis 1981 Leiter der Ganztags Gesamtschule Hamburg-Mümmelmannsberg; 1981 bis 1997 Vorsitzender der GEW; 1997 Mitglied Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung.  
Anschrift: Franz-Groedel-Str. 5, 61231 Bad Nauheim  
E-Mail: 106534.23@compuserve.com